Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Nach der Arbeit", außerdem „Volk und Welt" 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 19707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Mk., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 199 | Dresden, Freitag den 26. August 1927 | 38. Jahrg.

Baden und das Reichsschulgesetz

(Von unserm Sonderberichterstatter)

D. Der Entwurf des Reichsschulgesetzes wird in Baden nur von der gesamten Lehrerschaft, dem übergroßen Teil der Gesamtbevölkerung und den Linksparteien abgelehnt, sondern auch von jenen beiden Parteien, deren Vertretung in der Badischen Regierung für den Entwurf des Gesetzes stimmten. Die Badische Volkspartei hatte im Badischen Landtag eine förmliche Anfrage eingereicht, in der die Regierung gefragt wurde, was sie bei der Reichsregierung zur Erhaltung der badischen Simultanschule getan habe. In der Besprechung der förmlichen Anfrage traten alle Parteien — mit Ausnahme des Zentrums und der Kommunisten — für die Erhaltung der badischen Simultanschule, die sich seit nunmehr über 70 Jahren bestens bewährt hat, ein. Ein Antrag in diesem Sinne wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Entsprechend dieser Haltung im Landtag wenden sich auch die deutschvolksparteilichen und deutschnationalen Blätter scharf gegen den Entwurf des Reichsschulgesetzes und lehnen ihn entschieden ab, vor allem deshalb, weil er die Zerschlagung der badischen Simultanschule bringt. Mit besonderer Schärfe lehnte der Führer der badischen Deutschnationalen, der Oberkirchenrat und Landtagsabgeordnete Mayer, in einer ganzen Artikelserie den Entwurf ab. Kurz und bündig erklärt Abgeordneter Mayer, wie er es auch schon bei der volksparteilichen Interpellation im Landtag getan hat, „wir in Baden wollen kein Reichsschulgesetz und brauchen keins, wir wollen den Schulfrieden in der Bevölkerung behalten". Zum mindesten erwartet der deutschnationale Führer, daß die Verkündung des Reichsschulgesetzes für Baden nicht nur aufgeschoben wird, sondern unterbleibt.

Diese Opposition der badischen Volksparteiler und Deutschnationalen ist ja recht schön. Die Frage ist aber nur, ob ihre Opposition bei ihren gesinnungsgleichen Vertretern in der Reichsregierung Eindruck machen wird. So interessant ihre Argumente gegen den Gesetzentwurf sind, so interessant wäre nun auch zu erfahren, welche Schritte die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei von Baden bei ihren Parteifreunden in der Reichsregierung unternommen haben oder unternehmen werden, um sie von dem Unheil, das die Keudell und Schiele, Curtius und Stresemann anzurichten beabsichtigen, abzubringen. Das Land Baden stellt immerhin noch einige feste Stützen im Parteigefüge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, so daß man wohl annehmen darf, daß Proteste aus diesem Lande nicht unbeachtet bleiben. Vorausgesetzt natürlich, daß diese Proteste ernst gemeint sind und ernst genommen werden.

Ein Schritt zum Wirtschaftsausgleich

Der deutsch-französische Handelsvertrag

Die deutsche Handelsdelegation hat ohne Zweifel mit Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages ein Stück schwieriger Arbeit geleistet. Die Struktur der deutschen sowohl als auch der französischen Wirtschaft hat sich seit Kriegsanfang stark verändert. Das trifft vorzugsweise auf Frankreich zu. Deutschland war gezwungen dem Rechnung zu tragen, wenn es den freien Warenverkehr, der seit 1914 praktisch unterbrochen ist, wieder aufnehmen wollte.

Dem standen in Deutschland die Forderungen der Interessenten entgegen. Es muß heute gesagt werden, daß die Reichsregierung den Interessentenwünschen im Laufe der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zum Schaden der deutschen Warenausfuhr viel zu viel Rechnung getragen hat, wie sie auch bemüht war, von den im Hochsommer 1925 eingeführten übersetzten Zollsätzen nichts preiszugeben. Ein Musterbeispiel, wie Handelsvertragsverhandlungen geführt werden sollen, waren die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht. Oft hatte man den Eindruck, daß sie nicht von den Vertretern der deutschen Regierung, sondern von den Vertretern der großen Industrien, insbesondre der Schwerindustrie, geführt wurden. Der Abschluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft z. B. nahm der Handelsdelegation wichtige Waffen aus den Händen. Die durch den Internationalen Eisenpakt an die französische Eisenindustrie gewährten Zugeständnisse hätten, durch die Handelsdelegation im Laufe der Vertragsverhandlungen der französischen Eisenindustrie angeboten, Frankreich sicherlich zu größeren Konzessionen bewogen. Allzu starke Nachgiebigkeit gegen die Interessentenschichten in Deutschland und ein allzu starres Festhalten an dem Zollprotektionismus durch die deutsche Rechtsregierung haben nicht nur immer wieder den Abschluß des endgültigen Handelsvertrages mit Frankreich hinausgeschoben, sondern sie haben auch das deutsche Ausfuhrinteresse stark geschädigt. Wenn es trotzdem gelungen ist, neben den großen Industrien, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Papierindustrie, auch die deutschen Mittelindustrien, von denen zuguterletzt die deutsche Warenausfuhr abhängt, im Vertrag zu berücksichtigen, so hat man diese Tatsache dem Geschick der deutschen Handelsdelegation zu danken.

Die bisherigen französischen Minimalsätze, in der sogenannten Liste A zusammengefaßt, ließen sich allerdings nur für den kleinen Teil der deutschen Ausfuhr aushandeln. Hier ist vor allem Holz und faßt die gesamte Holzverarbeitung, Möbel, Fässer, Musikinstrumente, ferner einige Industriechemikalien, wie Aetznatron und Tonerde, auch Stickstoffdünger zu erwähnen. Von einigen französischen Spezialitäten abgesehen, gelten ferner für alle Textilien die Minimalsätze, die der deutschen Industrie wenigstens auf einzelnen Gebieten Exportmöglichkeiten bieten. Auf dieser Linie finden sich endlich noch die Produkte der Kartoffelverwertung: Dextrin, Stärke, Kartoffelmehl (letzteres kontingentiert), ferner Bier; von wichtigen Industrieartikeln Maschinenteile, sowie einige landwirtschaftliche Geräte. Die Mehrzahl der Industriewaren ist aber in der neuen Zolliste B, die Frankreich auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Kraft setzen wird, enthalten. Die neuen Sätze liegen zwar wesentlich unter denen des geplanten Zollentwurfs, überschreiten aber die bisherigen Minimalzollsätze nicht unerheblich. Die Einfuhr der Maschinen- und Apparateindustrie, der Elektrowaren, des ganzen Gebietes der Chemie mit allein 350 Zollpositionen, einzelner Textilwaren, vor allem Wirkwaren, Strümpfe, sowie der Papier- und Zementindustrie wird zu diesen neuen Sätzen geregelt. Optische und medizinische Instrumente unterliegen Wertzöllen von 12 bis 15 Prozent, die gegenüber den englischen Zöllen von 33⅓ Prozent immerhin erträglich erscheinen. Von den anderen typischen Ausfuhrindustrien sind noch für Porzellan, Glas, Fahr- und Motorräder sowie Spielzeug neue Sätze aufgestellt worden. Inwieweit die neuen Sätze auch nur eine teilweise Rückgewinnung des französischen Marktes ermöglichen, läßt sich nicht übersehen, doch scheint sich für die deutsche Veredelungsindustrie nunmehr wenigstens die Möglichkeit zum Wettbewerb zu bieten.

Die „Diskriminierungsliste", Liste C, so genannt, weil sie den deutschen Lieferanten noch nicht die Vergünstigung des französischen Minimaltarifs verschafft, gibt dem deutschen Export immerhin die völlige Gleichstellung mit einigen der wichtigsten Konkurrentenländern; denn die gleichen Abschlagsprozente, die von Frankreich in Tarifabkommen bereits anderen Ländern, vor allem U. S. A., Polen, der Tschechoslowakei und den Randstaaten, eingeräumt wurden, werden auch bei der deutschen Ausfuhr von den französischen Maximalsätzen abgesetzt. Jede weitere Reduzierung kommt auch Deutschland automatisch zugute. Es war jedenfalls taktisch richtiger, diese „Diskriminierung" für einzelne Waren in Kauf zu nehmen, zumal man bei einer Neufestsetzung von Sätzen, entsprechend der Regelung bei den Waren der Liste B, kaum niedrigere Zölle hätte erreichen können. Hier sind Metallwaren, Eisenlegierungen, Posamentierwaren, Schuhe — in einem Kontingent von 400 000 Paar jährlich — rubriziert. In der kleinen Liste D endlich verbleiben die wenigen Waren, die noch dem Maximaltarif (Generaltarif

Rheinlandräumung und Sicherheit

Ein Vorstoß des Reichstagspräsidenten Löbe auf der Interparlamentarischen Konferenz

P. Paris, 25. August. (Eig. Drahtber.)

Die offizielle Eröffnung der Interparlamentarischen Konferenz fand am Donnerstag unter großen Feierlichkeiten im Luxembourgpalais unter der Präsidentschaft des Senatspräsidenten Doumer statt. Der prächtige Saal des Senats war vollständig besetzt, auch auf den Tribünen waren zahlreiche Gäste, darunter viele Damen, anwesend. Die deutschen Delegierten hatten mehrere der höchsten Sitzreihen des halbkreisförmigen Saales inne. Unter den Rednern, die in den Vormittagsstunden die Tribüne bestiegen, wurde natürlicherweise Poincaré mit größter Spannung erwartet. Zahlreiche Delegierte, darunter auch die deutschen Parlamentarier, fragten mit einiger Neugierde, ob der französische Ministerpräsident dem versöhnlichen Geiste, der über der Versammlung liegt, Konzessionen machen wird. Poincaré hat diese Hoffnungen nicht enttäuscht. Seine Rede war in einem bei ihm unerhörten verbindlichen Tone abgefaßt. Mit Geschick ging er einer näheren Erörterung über die politischen Tagesfragen aus dem Wege, um

den ehrlichen Willen Frankreichs zu betonen, mit allen Kräften zur Versöhnung der Völker und zum Erfolg der Arbeiten der Konferenz beizutragen.

Die Rede Poincarés hatte starken Erfolg. Zahlreiche Delegierte erhoben sich, als er die Tribüne verließ, von ihren Sitzen und applaudierten dem Ministerpräsidenten laut Beifall zu. Man bemerkte u. a. auch mit Erstaunen den dicht neben Poincaré sitzenden früheren deutschnationalen Vizepräsidenten des Reichstags Dietrich.

Wenn Poincaré gewandt der Diskussion der politischen Fragen aus dem Wege ging, so hat mit um so größerer Entschiedenheit der Reichstagspräsident Löbe sich darüber, wobei er die deutsch-französischen Beziehungen und die Hoffnungen Deutschlands ausgesprochen. Seine Rede hat auf die versammelten Anwesenden außerordentlich starken Eindruck gemacht. Er hat mit seltener Offenheit den „gewissen Stillstand" in der hoffnungsvoll eingeleiteten Annäherungspolitik von Locarno festgestellt und rückhaltlos den Wunsch Deutschlands nach

baldiger Räumung der Rheinlande

Ausdruck verliehen. Seine Rede wurde in den Wandelgängen des Senats nach der Sitzung lebhaft besprochen.

In der Nachmittagsitzung hat die Rede Löbes sofort eine scharfe Antwort des Senators de Jouvenel ausgelöst, der zugleich sein Amt als französischer Delegierter beim Völkerbund niedergelegt hat. Die Rede de Jouvenels hat gleichzeitig bereits am ersten Tage den ersten Mißklang in die Arbeiten der Konferenz getragen. De Jouvenel erklärte, daß die Konferenz zusammengetreten sei, um sich so ehrlich wie möglich auszusprechen für die Verständigung der Völker zu dienen. Reichstagspräsident Löbe habe gesagt, man müsse zuerst, wenn man der Verständigung dienen wolle, die Vergangenheit vergessen. Frankreich könne darauf nicht ohne weiteres eingehen, es wolle mindestens seine Ehren aus der Vergangenheit ziehen, denn seine Blicke müßten auf die Zukunft gerichtet sein. Politiker müßten sich immer mit den Gründen, als mit den Folgen der Handlungen beschäftigen. Die gegenwärtige Generation sei noch nicht in der Lage, unparteiisch die Ereignisse zu betrachten, die sich in den letzten Jahren abgespielt hätten. Um am Friedenswerk zu arbeiten, müsse man sich bemühen,

der wirtschaftlichen Auffassung zum Sieg über die territoriale Auffassung

zu verhelfen, sonst wäre ein Konflikt unvermeidlich. Man müsse den ersten Brand, der ausbreche, löschen, wenn man nicht wolle, daß er eine ganze menschliche Gemeinschaft vernichte. Man müsse eine Friedenssolidarität herstellen und zu organisieren versuchen, wenn man nicht der Kriegssolidarität unterliegen wolle. Der Reichstagspräsident Löbe habe gesagt, es sei ein gewisser Stillstand in der Friedensbewegung eingetreten. Das rühre nach Ansicht des Redners daher, daß zwei Europe geschaffen worden seien: **das Europa im Westen, wo das territoriale Statut von Deutschland aufgehoben worden sei und ein Europa im Osten, wo dies nicht der Fall sei. Das einzige Mittel gegen den Krieg bestehe nur darin, dem Angreifer eine derartige Macht entgegenzustellen, daß dieser den Mut verliert. Reichstagspräsident Löbe habe ebenfalls gesagt, man möge am 1. Januar 1928 die Rheinlande räumen, aber er scheine zu vergessen, daß**

die militärische Besetzung der Rheinlande die einzige Garantie für die Stabilität Osteuropas

sei. Wenn Frankreich den Rhein räume, wenn in zwei bis drei Jahren die vom Dawes-Plan vorgesehenen Zahlungen nicht mehr eingingen und Frankreich plötzlich morgen seine neue deutsche Freundin in Konflikt mit seinen früheren Alliierten sähe, was würde dann von der deutschen Freundschaft übrigbleiben? Wenn man in langer Feindschaft gelebt hat, so müsse man nur langsam die Freundschaftsbande anknüpfen, sonst gehe man nur einem neuen Bruch entgegen. Frankreich will den Frieden, schloß de Jouvenel, aber es ist keineswegs gewillt, seinen Frieden von dem der anderen zu trennen, ein Europa — ein Frieden! Das ist unsere Auffassung!

Die Rede de Jouvenels fand, besonders bei den französischen Delegierten brausenden Beifall. In den Wandelgängen ist die Rede de Jouvenels scharf kommentiert worden, und Präsident Löbe hat erklärt, daß er bereits morgen de Jouvenel antworten wird.

•

Der Redner der deutschen Nation

D. Berlin, 26. August. (Eig. Funk.) Zu der Pariser Rede des Genossen Löbe schreibt der Vorwärts: „Löbe hat in Paris als der Redner der deutschen Nation gesprochen. Er hat einem Wunsch Ausdruck gegeben, der vom ganzen deutschen Volke getragen wird, und er hat sich zu seiner Begründung einer Argumentation bedient, die jedem Deutschen unwiderleglich erscheint. Aber dieser Redner der deutschen Nation war nicht der Wortführer der deutschen Reichsregierung, nicht ein Vertreter dieser deutschnational durchsetzten Reichsregierung, die mit so viel Mißtrauen belastet ist. Nur ein Sozialdemokrat konnte so sprechen, wie Löbe gesprochen hat. Nur er konnte vor der Welt als der Redner der Nation auftreten . . . Die Diskussion zwischen Löbe und Jouvenel geht nicht nur zwischen einem Deutschen und einem Franzosen, sondern auch zwischen einem Sozialisten und einem Nationalisten, zwischen einem Vertreter der Arbeiterklasse und einem Vertreter des Kapitalismus. Sie wirft auf die außenpolitische Verwirrung, die durch das neue Vordringen des Nationalismus entstanden ist, ein grelles Scheinwerferlicht. Ein positives Ergebnis wird ihr jedoch kaum beschieden sein. **Die Räumung wird wohl erst kommen, wenn in beiden Ländern bei den nächsten Wahlen ein entscheidender Ruck nach links eintreten wird.**"

Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich am Freitag eine Erklärung abgeben, um auf die Rede Jouvenels zu antworten. Es besteht bei ihr der Eindruck, daß sich die Ausführungen des französischen Senators gegen die Locarnopolitik richteten, während Senat und Kammer den Locarnovertrag gebilligt haben.

Vor neuen Erschießungen in Rußland

D. Berlin, 26. August. (Eig. Funkspruch.) **Nach Nachrichten aus Moskau wurde die Begnadigung der kürzlich zum Tode verurteilten Generale Annenkow und Denissow vom Präsidium des Zentralexekutivkomitees abgelehnt. Dabei wurde allgemein mit ihrer Begnadigung gerechnet, zumal beide im letzten Jahre freiwillig nach Rußland zurückgekehrt sind und ihre Dienste der Sowjetregierung angeboten haben. Damals war ihnen Straffreiheit oder mindestens nur eine geringe Strafe in Aussicht gestellt worden.**

Den deutschen Kommunisten böte sich hier eine günstige Gelegenheit, ihrer Entrüstung über Gewalt- und Klassenjustiz in aller Oeffentlichkeit Ausdruck zu geben. Aber sie verdammen die Klassenjustiz und die Justizmorde nur in den andern Ländern, während sie die Wüten der blutigen Gewalt, das sich „Justiz" nennt, in Rußland billigen, ja die politischen Justizmorde sogar verherrlichen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19270826/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG